



Zivilgesellschaftliches

Forum Afghanistan

2. | 3. Dezember 2011 · Beethovenhalle Bonn

Begrüßung 3

Programm 4

Statement von Fahim Hakim 6

Hintergrund 8

Politikempfehlungen 12

Die Delegierten 18

Die Redner und Moderatoren 22



Mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Sehr geehrte Gäste,

wir begrüßen Sie herzlich zum Zivilgesellschaftlichen Forum Afghanistan in Bonn! Im Vorfeld der Internationalen Außenministerkonferenz am 5. Dezember 2011 bietet das Forum 34 Vertreterinnen und Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft die Möglichkeit, mit eigenen politischen Vorschlägen zur Zukunft ihres Landes zu Wort zu kommen – und diese durch eine Sprecherin und einen Sprecher auch auf der Außenministerkonferenz zu präsentieren.

Der Weg hierher war lang und aufwendig und doch aller Mühen wert: Unter Federführung der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) schlossen sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Vertreterinnen und Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft vor Ort zusammen. In einem intensiven, landesweiten Abstimmungs- und Beratungsprozess haben sie eigene politische Vorschläge zur Zukunft Afghanistans diskutiert und erarbeitet. Aus ihren Reihen haben sie 34 Vertreterinnen und Vertreter ausgewählt, um ihre Politikempfehlungen auf dem Zivilgesellschaftlichen Forum Afghanistan in Bonn vorzustellen. Während des ganzen Prozesses wurden sie dabei unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mit ihren Kabuler Stiftungsbüros den Prozess begleiteten.

Das Zivilgesellschaftliche Forum Afghanistan wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung in enger Abstimmung mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und der Heinrich-Böll-Stiftung organisiert. Es bietet eine Plattform für die afghanischen Zivilgesellschaftsvertreterinnen und -vertreter, um ihre Perspektiven für und Erwartungen an die Zukunft Afghanistans in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen und der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Wir wünschen Ihnen allen zwei interessante Tage mit intensiven Diskussionen und anregenden Gesprächen!

Mit freundlichen Grüßen



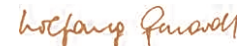
*Dr. Hans-Gert Pötering MdEP
Konrad-Adenauer-Stiftung*



*Dr. Peter Struck
Friedrich-Ebert-Stiftung*



*Barbara Unmüßig
Heinrich-Böll-Stiftung*



*Dr. Wolfgang Gerhardt MdB
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*

ab 13.30 Uhr Einlass und Registrierung

14.30 Uhr Begrüßung

Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP · *Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung*

15.00 Uhr Eingangsstatement

Ahmad Fahim Hakim · *Stellvertretender Vorsitzender der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC)*

15.30 Uhr Ausblick auf die Internationale Afghanistan-Konferenz

Botschafter Michael Steiner · *Sonderbeauftragter der deutschen Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan*

15.45 Uhr Panel I · Übergangsprozess

Moderation: **Dr. Babak Khalatbari** · *Leiter des Auslandsbüros Afghanistan und Pakistan der Konrad-Adenauer-Stiftung*

Teilnehmer: **Saleha Olker** · *Norwegian Church Aid*

Haji Ali Shair · *Civil Society Development Center (CSDC)*

Sayed Rahim Sattar · *Afghan NGO Coordination Body (ANCB)*

Anisgul Akhgar · *Relation & Cooperation Women Organization (RCWO)*

17.00 Uhr Kaffeepause

17.30 Uhr Panel II · Langfristiges Engagement

Moderation: **Marion Regina Müller** · *Leiterin des Auslandsbüros Afghanistan der Heinrich-Böll-Stiftung*

Teilnehmer: **Azizeh Khairandaish** · *Civil Society and Human Rights Organization (CSHRO)*

Suraya Parlika · *All Afghan Women Union (AAWU)*

Anwer Shah Yosufi · *Jamee University of Heart*

Assadullah Oriakhel · *Afghan Engineers Association*

19.00 Uhr Dinner Speech

Dr. Peter Struck · *Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung*

ab 19.30 Uhr Empfang

- ab 8.00 Uhr Einlass**
- 9.00 Uhr Begrüßung**
Ulrich Niemann · *Leiter der Abteilung Internationale Politik, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*
- 9.15 Uhr Panel III · Regionale Kooperation**
Moderation: **Siegfried Herzog** · *Regionalbüroleiter Südasiens, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit*
Teilnehmer: **Homaira Qaderi** · *Qalam Association*
Khadija Wardak · *Private Clinic*
Mohammad Mussa Mahmoodi · *Logar Youth and Student Association*
Mohammad Asmeil Zaki · *Civil Society Human & Rights Organization (CSHRO)*
- 10.30 Uhr Kaffeepause**
- 11.00 Uhr Panel IV · Wiedereingliederung**
Moderation: **Jürgen Stetten** · *Leiter des Referats Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung*
Teilnehmer: **Humira Saqib** · *Negahezan News Network*
Malika Qaneh · *Education and Training Center for Poor Women and Girls of Afghanistan (ECW)*
Barialai Omarzai · *Afghan Community Rehabilitation Unit (ACRU)*
Abdul Wahed Zia Mobalegh · *Rights & Democracy*
- 12.30 Uhr Mittagspause/Pressekonferenz**
- 14.00 Uhr Gespräch mit den Außenministern Afghanistans und Deutschlands**
Dr. Salmai Rassoul und **Dr. Guido Westerwelle** **MdB**
Begrüßung und Moderation: **Barbara Unmüßig** · *Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung*
- 15.00 Uhr Abschlussstatement der Sprecherin und des Sprechers
der afghanischen Zivilgesellschaftsvertreterinnen und -vertreter**
Zusammenfassung und Ausblick: **Barbara Unmüßig** · *Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung*

In den Panels werden die Politikempfehlungen entsprechend der unterschiedlichen Themenbereiche, die sie umfassen, vorgestellt und diskutiert.

Statement



Im Namen der afghanischen Zivilgesellschaft und der Afghanischen Unabhängigen Menschenrechtskommission möchte ich der deutschen Regierung und

den deutschen Institutionen unseren herzlichen Dank dafür aussprechen, dass sie es Vertretern der afghanischen Zivilgesellschaft ermöglichen, an der Bonner Internationalen Afghanistan-Konferenz teilzunehmen sowie der Stimme und den Bedürfnissen des afghanischen Volkes auf dieser Bühne Gehör zu verschaffen.

Ein engagierter Arbeitskreis der afghanischen Zivilgesellschaft, zu dem AWN, ACSFo, IMKA, ANCB, TJCG, CSHRN, AWAC, CSDC, SWABAC, WPPC, 50 % Women's Campaign, Arman Shahr und AIHRC1 gehören, hat es in einer alle einbeziehenden, transparenten und demokratischen Weise seit Juli 2011 ermöglicht, in einem landesweiten Konsultationsprozess

34 Delegierte auszuwählen und eine Grußbotschaft für die Bonner Konferenz auszuarbeiten. Ihm gebührt unsere tiefste Dankbarkeit und Wertschätzung. Deutschen Institutionen (namentlich HBS, FES, KAS und GIZ) und dem Menschenrechtsbüro UNAMA, die während des Konsultationsprozesses als Beobachter und technische Berater tätig waren, gebührt ebenso unser aufrichtiger Dank.

Wir hoffen sehr, dass die Anwesenheit von 34 Delegierten – 16 Damen und 18 Herren – das Zusammenwirken der afghanischen Zivilgesellschaft stärkt und dabei als Brücke zwischen afghanischem Volk und afghanischer Regierung sowie zwischen afghanischem Volk und Weltgemeinschaft dient.

Wir alle hoffen, dass die Internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn der afghanischen Regierung, der Weltgemeinschaft und den Institutionen der afghanischen Zivilgesellschaft eine dauerhafte Möglichkeit eröffnet, eine gemeinsame und

einheitliche Vision für ein friedliches, blühendes und stabiles Afghanistan zu entwickeln, in dem gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit gefördert und Werte wie Menschenrechte, Gerechtigkeit und Verantwortung hochgehalten werden.

Ahmad Fahim Hakim

Stellvertretender Vorsitzender der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC)

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ahmad Fahim Hakim', is centered on a light blue circular background. The signature is written in a cursive style with a large initial 'A' and a long horizontal line above it.

1 · Afghan Women's Network (AWN), Afghan Civil Society Forum Organization (ACSFo), Afghanistan National Employee's Union (IMKA), Afghan NGOs Coordination Bureau (ANCB), Transitional Justice Coordination Group (TJCG), Civil Society and Human Rights Network (CSHRN), Afghan Women Advocacy Coalition (AWAC), Civil Society Development Centre (CSDC), South West and Baluchistan Aid Coordination (SWABAC), Women's Political Participation Committee (WPPC), 50 % Women's Campaign.

Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan

Vor dem Hintergrund der Internationalen Außenministerkonferenz zu Afghanistan am 5. Dezember 2011 haben das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den deutschen Politischen Stiftungen den Vorschlag gemacht, im Vorfeld einen Prozess zur Einbeziehung afghanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu initiieren und zu begleiten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat sich gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) hierzu bereit erklärt. Ebenso hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNS) ihre Bereitschaft bekundet, einen organisatorischen und finanziellen Beitrag zu diesem Prozess zu leisten. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) hat zugesagt, die Einbeziehung von afghanischen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu unterstützen.

Der Prozess zur Einbeziehung afghanischer zivilgesellschaftlicher Organisationen teilte sich in zwei Phasen: die Afghanistan-Aktivitäten und das Zivilgesellschaftliche Forum in Bonn.

Afghanistan-Aktivitäten

In einer ersten Phase, den „Afghanistan-Aktivitäten“, fand in Afghanistan ein inklusiver und transparenter Einbeziehungs- und Abstimmungsprozess interessierter Vertreter/innen der afghanischen Zivilgesellschaft statt. Ziel war es, Politikempfehlungen für die Außenministerkonferenz und darüber hinaus zu erarbeiten. Auf diese sogenannten Afghanistan-Aktivitäten legten die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung ihren Schwerpunkt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wurde in diesen Prozess als gleichberechtigter Partner eingebunden und die Deutsche Botschaft in Kabul unterstützte diesen Prozess. Die Federführung lag bei der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC).

Das Ziel der Afghanistan-Aktivitäten war es, die afghanische Zivilgesellschaft anlässlich der Außenministerkonferenz in Bonn im Konsens sprechfähig zu machen, das heißt: afghanische Vertreter/innen der Zivilgesellschaft zusammen zu bringen und Diskussionen über den weiteren politischen Prozess zu

ermöglichen mit dem Ziel, sich auf Politikempfehlungen zu einigen, deren Adressat die afghanische Regierung ist. Die Politikempfehlungen sollten Erwartungen an die Außenministerkonferenz sowie Positionen und Forderungen bezüglich des weiteren politischen Prozesses formulieren. Zu diesem Zweck fanden regionale Konsultationen und zwei zivilgesellschaftliche Konferenzen statt, auf denen die Politikempfehlungen erarbeitet und beschlossen sowie 34 Delegierte für das Zivilgesellschaftliche Forum gewählt wurden. Diese bestimmten zudem eine Sprecherin und einen Sprecher aus ihren Reihen, um die Politikempfehlungen auf der Außenministerkonferenz am 5. Dezember 2011 zu präsentieren.

Zivilgesellschaftliches Forum in Bonn

Das Zivilgesellschaftliche Forum wird federführend von der KAS organisiert – unter enger Abstimmung mit und Einbeziehung von FES und hbs sowie von der FNS.

Das Forum soll dazu dienen, die Inhalte der Politikempfehlungen zu präsentieren und zu kommunizieren. Das Ziel des zivilgesellschaftlichen Forums ist es daher, eine öffentliche Plattform für Vertreter der afghanischen Zivilgesellschaft zu

schaffen, d.h.: Afghanische zivilgesellschaftliche Vertreter/innen sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Positionen vis-à-vis des weiteren politischen Prozesses und ihrer Erwartungen an die Außenministerkonferenz der Öffentlichkeit zu kommunizieren. Adressat hierfür ist in erster Linie weiterhin die afghanische Regierung.

Darüber hinaus dient das Forum dazu, die Positionen der afghanischen Zivilgesellschaft den in Afghanistan engagierten internationalen Akteuren zu vermitteln und sie für die Empfehlungen, Erwartungen und möglichen Beiträge der Zivilgesellschaft zur zukünftigen Entwicklung des Landes zu sensibilisieren.

Last, but not least sind auch die deutsche und internationale Öffentlichkeit sowie deutsche und internationale NROs, die in Afghanistan präsent sind, Adressaten der Politikempfehlungen.

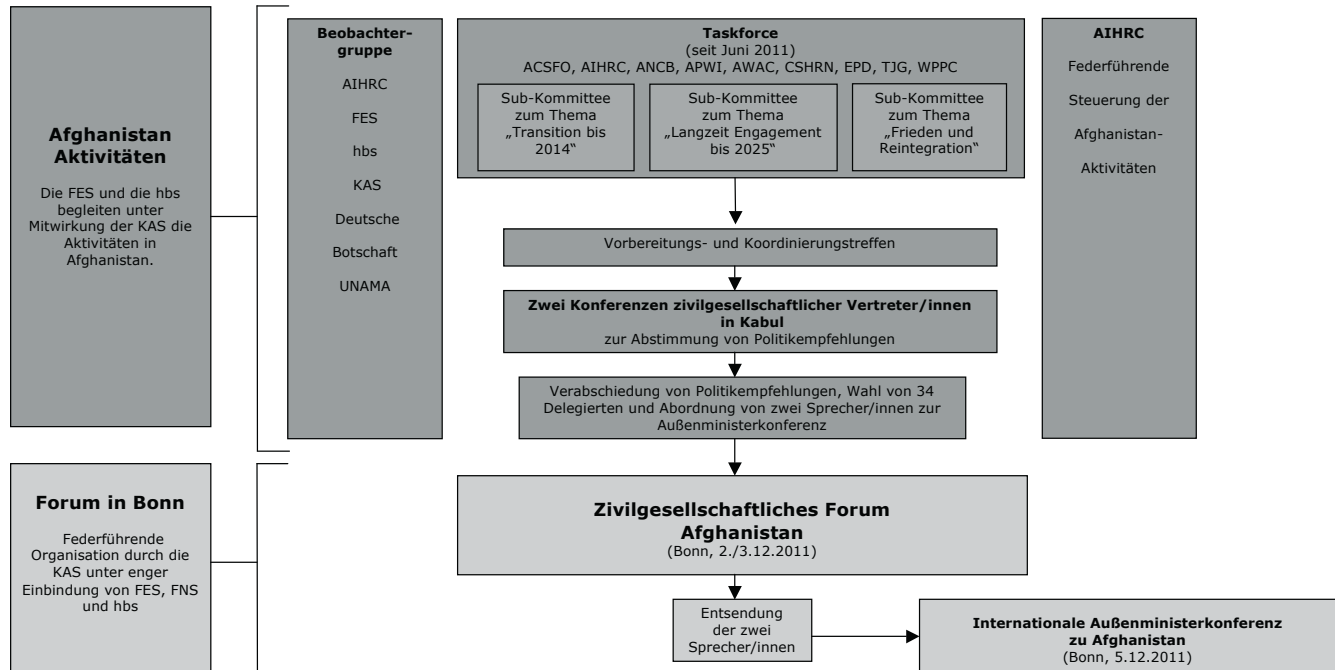
Das Forum dient ganz explizit nicht dazu, deutschen oder internationalen NROs eine Plattform zur Artikulation eigener Positionen zu bieten.

Das gesamte Projekt beruht auf folgenden Grundsätzen:

- Zentral ist die Inklusivität und Transparenz des Prozesses im Kontext eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Wertespektrums. Dies erforderte eine breite und ausgewogene Einbeziehung afghanischer NROs, allerdings unter bewusstem Ausschluss radikaler/extremistischer Akteure;
- Inklusivität bezieht sich auch auf eine repräsentative Beteiligung von Frauen an diesem Prozess. Diese wurde von den Politischen Stiftungen nachdrücklich befürwortet und unterstützt. Um dem Anspruch des „Afghan ownership“ gerecht zu werden, blieb die konkrete Entscheidung hierüber dennoch den afghanischen Akteuren überlassen.
- Von besonderer Bedeutung ist das Prinzip des „Afghan ownership“ der Afghanistan-Aktivitäten sowie des Forums; die beteiligten deutschen Akteure übernahmen lediglich die Rolle eines Fazilitators des Gesamtprozesses;
- Hieraus resultierte auch die unabhängige und alleinverantwortliche Auswahl der Repräsentanten/-innen der afghanischen Zivilgesellschaftsvertreter/innen und Teilnahme zweier Mitglieder aus diesem Kreis an der internationalen Außenministerkonferenz, um hier die gesammelten Politikempfehlungen zu präsentieren.

Die Politikempfehlungen werden am 5. Dezember 2011 bei der Außenministerkonferenz von den beiden Delegierten Selay Ghaffar und Barry Salaam präsentiert. Der Adressat der Politikempfehlungen ist die afghanische Regierung. Die internationale Gemeinschaft kann nur mittelbarer Adressat sein. Dies entspricht dem Anspruch der „Übergabe in Verantwortung“.

Die Afghanistan-Aktivitäten und das Zivilgesellschaftliche Forum Afghanistan



ACSFO Afghan Civil Society Forum Organization
AIHRC Afghanistan Independent Human Rights Commission
ANCB Afghan NGOs Coordination Bureau
AWAC Afghan Women Advocacy Consortium
AWN Afghan Women Network
CCNUAE Central Council National Union of Afghanistan Employees

CSDC Civil Society Development Centre
CSHRN Civil Society and Human Rights Network
FES Friedrich-Ebert-Stiftung
FNS Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
HBS Heinrich-Böll-Stiftung
KAS Konrad-Adenauer-Stiftung

SWABAC Southern and Western Afghanistan and Baluchistan Association for Coordination
TJG Transitional Justice Group
UNAMA United Nations Assistance Mission to Afghanistan
WPPC Women Political Participation Committee 50% Campaign

Im Namen Gottes

Eine Botschaft der afghanischen Zivilgesellschaft an die Internationale Afghanistan-Konferenz, Bonn

In dem Wissen, dass die Internationale Afghanistan-Konferenz in Bonn eine große Chance für die Islamische Republik Afghanistan und die Weltgemeinschaft ist, ihre beiderseitige Verpflichtung zur Zusammenarbeit zu bekräftigen, die eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen, Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsbewusste Staatsführung gewährleisten, Frieden und Recht fördern und ihre Anstrengungen zur Hilfe für das afghanische Volk, das lange unter dem Konflikt im Lande gelitten hat, unterstützen soll.

Auf den im vergangenen Jahrzehnt gewonnenen Erfahrungen und dem aus verpassten Chancen Gelernten aufbauend, sollten die Islamische Republik Afghanistan und die Weltgemeinschaft, durch eine gemeinsame Sicht der Dinge geeint, ihre Bemühungen darauf richten, Sicherheit und Stabilität in Afghanistan und der Region zu verankern, um die Bürger Afghanistans und anderer Länder vor Terrorismus und Ausschreitungen zu bewahren.

Unter Betonung der Werte der Menschenrechte und mit Blick auf die Erfolge des vergangenen Jahrzehnts, sollte die Islamische Republik Afghanistan anstreben, ihre Fähigkeiten in Krisenmanagement, Korruptionsbekämpfung sowie der Verbesserung der Leistungen des Sozialwesens und der Entwicklung auszubauen. Dies erfordert auch eine Zusammenarbeit des



afghanischen Staates und der Weltgemeinschaft zur weiteren Stärkung demokratischer Prozesse und Einrichtungen, zum Schutze der Grundrechte und der Pressefreiheit, zur Förderung der Idee der Menschenrechte und um der vorherrschenden Praxis der Nichtahndung von Verbrechen ein Ende zu bereiten. Beide Parteien müssen ihre gemeinsamen Anstrengungen verstärken, das Vertrauen der Menschen in die politische Teilhabe und in die Fähigkeit des afghanischen Staates zu fördern, sich der Kriegsoffer anzunehmen und die Lebensbedingungen der Bürger Afghanistans zu verbessern.

Eingedenk des oben Angeführten sprechen zivilgesellschaftliche Einrichtungen Afghanistans der Islamischen Republik Afghanistan und der Weltgemeinschaft die folgenden Empfehlungen aus. Wir glauben, dass diese Empfehlungen dazu beitragen können, dass sich beide Parteien für eine gemeinsame und einheitliche Vision für das afghanische Volk und das Land als Ganzes einsetzen, insbesondere im Hinblick auf den Übergangsprozess, das langfristige Engagement der Weltgemeinschaft und den Friedens- und Versöhnungsprozess:

1. Übergangsprozess

Was von der Islamischen Republik Afghanistan erwartet wird:

- Die zweite Phase des Übergangs (Inteqal) sollte aufgrund einer genauen Auswertung der ersten Phase und der dabei gewonnenen Erfahrungen und unter vollständiger Berücksichtigung der benötigten Kapazitäten, Ressourcen (personell und finanziell) sowie der Bedürfnisse der Menschen und ihrer Befriedigung erfolgen.
- Der zivilen Seite des Übergangsprozesses (Qualität der Leistungen des Sozialwesens ohne Diskriminierung nach Geschlecht oder ethnischer Herkunft, verantwortungsvolle Staatsführung, wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Korruption, Förderung und Schutz der Menschenrechte sowie die Reform und Unabhängigkeit des Justizwesens) muss ebenso hohe Aufmerksamkeit gewidmet werden wie ihrem militärischen Aspekt (qualitative und quantitative Unterstützung der afghanischen Sicherheitsbehörden).



- Der Einführung rechtsstaatlicher Grundsätze sowie der Unterstützung und Stärkung demokratischer Prozesse und Einrichtungen (wie insbesondere die Reform und Unabhängigkeit des Wahlgeschehens) und der Ämtervergabe nach Verdienst sollte Vorrang gebühren.
- Konstruktive Arbeitsbeziehungen zwischen Rechtsprechung, Gesetzgebung und Exekutive sollten gestärkt und insbesondere ein professionell und effektiv arbeitendes und bürgernahes Kabinett gebildet werden.

Was von der Weltgemeinschaft erwartet wird:

- Systeme und Einrichtungen (insbesondere zivilgesellschaftliche und demokratische) sollten unterstützt und ein Hauptaugenmerk auf die Infrastruktur gelegt werden, statt einzelne Personen und die entsprechenden Gruppierungen zu unterstützen.
- Sie sollte sich auf die Unterstützung und den Aufbau der nationalen Sicherheitskräfte (Armee und Polizei) konzentrieren

und keine parallel existierenden Sicherheitskräfte unterstützen (Arbaki, lokale Polizeikräfte und Sicherheitsdienste).

- Sie sollte den Prozess der Staatsbildung in Afghanistan weiterhin politisch, technisch und finanziell unterstützen und auf regionale Unruhestifter, die ihn sabotieren und die Sicherheit in Afghanistan gefährden, den nötigen politischen Druck ausüben.
- Sie sollte die ergänzende Beobachter- und Beraterrolle zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Menschenrechtsaktivisten sowie auch für die Frauenrechte Eintretender zur Förderung einer bürgernahen, offenen und verantwortungsbewussten Staatsführung strukturell und nachhaltig unterstützen und deren Arbeit fördern.

Was sowohl von der Islamischen Republik Afghanistan als auch der Weltgemeinschaft erwartet wird:

- Die vorhandenen Kapazitäten und das Leistungsvermögen in den Einrichtungen der afghanischen Zivilgesellschaft sollten



als wirkmächtiges Potenzial zur Bereitstellung sozialer Dienste und zur Einführung des afghanischen Prioritätenprogramms (NPP) zielführend ausgelotet und gefördert werden.

2. Langfristiges Engagement der Weltgemeinschaft:

Es wird vor allem erwartet, dass die Weltgemeinschaft

- ihre Zusammenarbeit zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung (Programme zur Eindämmung der Armut, Unterstützung der einheimischen Industrie, der Landwirtschaft, der Bewässerungssysteme, des Handels, des Fernmeldewesens und anderer Bestandteile der Infrastruktur) ausweitet, um Afghanistan den Weg zur Selbstversorgung und zu sicheren Lebensbedingungen zu ebnet,
- mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der Terrorbekämpfung (auf regionalem wie internationalem Gebiet) die Fähigkeit und das Leistungsvermögen der Islamischen Republik Afghanistan zur Fortsetzung ihrer Bemühungen im Kampf gegen

Terrorismus, Rauschgifthandel und Mohnanbau stärkt,

- der Islamischen Republik Afghanistan – mittels technischer, finanzieller und sicherheitstechnischer Unterstützung – hilft, eine landesweite Volkszählung durchzuführen, welche die für eine nachhaltige Entwicklung und ein stabiles Wirtschaftswachstum notwendigen verlässlichen Zahlen und Statistiken liefern soll,
- einheitliche und praktikable Methoden und Vorgehensweisen zur Bekämpfung der Korruption entwickelt und der Islamischen Republik Afghanistan deren Einführung ermöglicht, zugleich die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen Afghanistans bei der Überwachung verantwortungsvoller und offener Staatsführung unterstützt,
- regelmäßig die Wirksamkeit von Hilfsmaßnahmen im Hinblick auf Dienstleistungen und die Wächterfunktion zivilgesellschaftlicher Organisationen wie auch gewählter Einrichtungen/Instanzen überprüft,
- die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen als Bindeglieder zwischen den Regionalmächten und insbe-



sondere zwischen Afghanistan und Pakistan sowohl politisch als auch technisch unterstützt.

3. Politische Lösungen und Wiedereingliederung:

Die Einrichtungen der afghanischen Zivilgesellschaft haben stets Bemühungen unterstützt, die auf ein friedliches Miteinander unter Beachtung von Menschenrechten, den Rechten der Frau, sozialer Gerechtigkeit und Ansprüchen von Opfern abzielen und die sich auf anerkannten religiösen, nationalen und internationalen Werten gründen. Daher wird von der Islamischen Republik Afghanistan erwartet:

- Aufgrund früherer Erfahrungen und der Unwirksamkeit vorher angewandter Methoden, die einseitig und parteiisch waren, die Friedens- und Wiedereingliederungsstrategie als einen notwendigen und unverzichtbaren Bestandteil zur Ergänzung und Unterstützung einer verantwortungsvollen Staatsführung umzusetzen sowie die Korruption einzudämmen und Reformen zur Schaffung einer unabhängigen Rechtsprechung

durchzuführen, somit die vorherrschende Praxis der Nicht-ahndung von Verbrechen zu beenden und das Recht zu fördern,

- bei allen Verhandlungen und Bemühungen um Frieden und Versöhnung die Idee der Menschenrechte und der zivilen Normen zu achten, um klar zwischen Freund und Feind zu unterscheiden und um ihre Politik gradlinig zu verfolgen,
- gemäß der Verpflichtungen, die sie auf der Kabuler Konferenz eingegangen ist, den Aktionsplan für ein neues Rechtswesen einzuführen und zugleich praktische Maßnahmen zur Festigung von Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen und der Durchführung geordneter Verfahren zu ergreifen,
- bei politischen Bemühungen im Friedens- und Versöhnungsprozess die Werte von Menschenrechten, den Rechten der Frau, Grund- und Bürgerrechten nicht unterzuordnen,
- Wiedereingliederungsmechanismen zu schaffen, die Rechtssicherheit und Verantwortlichkeit für bewaffnete Gruppen, welche sich am Friedensprozess beteiligen wollen, zu stärken und dabei zu gewährleisten, dass diese keine Bedrohung mehr für Land und Leute bilden.

Von der Weltgemeinschaft wird erwartet:

- Keine Vorgehensweisen zu fördern, die als übereilte Exitstrategie zu kurzfristigen politischen Lösungen und rascher Wiedereingliederung führen,
- das regionale und internationale Ausmaß des Afghanistankonflikts nicht zu verdecken und die Islamische Republik Afghanistan dabei zu unterstützen, externe Konfliktfaktoren an ihren Wurzeln anzugehen (mittels militärischen, politischen und wirtschaftlichen Drucks),
- ihre Präsenz zu formalisieren und im Sinne der Genfer Konvention zivile Opfer strikt zu vermeiden, um so weit wie möglich zu verhindern, dass Fundamentalisten und regionale Unruhestifter politisches Kapital daraus schlagen können,
- zugleich das Eintreten zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und Menschenrechtsaktivisten zum Schutze von Kriegsopfern zu unterstützen und Mechanismen zur Verfolgung von Kriegsverbrechen zu fördern, während die notwendige Leistungsfähigkeit des Systems der Islamischen Republik Afghanistan aufgebaut wird,

- die allgemeinen Menschenrechte im Zuge humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe (zivil wie militärisch) in Afghanistan zu vertreten und anzuwenden sowie die ergänzende Rolle zivilgesellschaftlicher Einrichtungen in Beratung, Dienstleistung, humanitärer Hilfe, bei der Schaffung einer kritischen Öffentlichkeit und flankierender Maßnahmen zu fördern.

Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen Afghanistans glauben fest daran, dass diese Zusammenkunft in Bonn zu einer vertieften Zusammenarbeit und zu einer gemeinsamen Sichtweise führen kann, die von der afghanischen Regierung, der Weltgemeinschaft sowie den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen Afghanistans geteilt wird und die Afghanistan und seinem Volk Frieden und eine sichere Zukunft beschern kann.

Die Zivilgesellschaftlichen Einrichtungen Afghanistans

Die Delegierten



SPRECHERIN

Selay Ghaffar

*Humanitarian Assistance for
the Women and Children of
Afghanistan (HAWCA)*



SPRECHER

Barry Salaam

*Radio Good Morning
Afghanistan & TV Channel 7*

KABUL



Najiba Ayubi

The Kilid Group (TKG)



Barialai Omarzai

*Afghan Community
Rehabilitation Unit (ACRU)*



Akbar Borran

*Young Leader Forum
(YLF)*

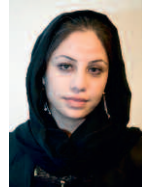


Malika Qaneh

*ECW Education and
Training Center for Poor
Women and Girls of
Afghanistan (ECW)*



**Mohammad
Saeed Niazi**
Civil Society Development Council (CSDC)



Homaira Qaderi
Qalam Association



Sayed Rahim Sattar
Afghan NGO Coordination Body (ANCB)



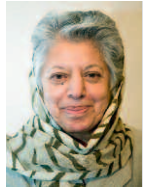
Assadullah Oriakhel
Afghan Engineers Association



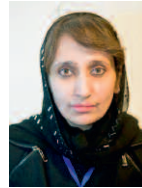
Mohammad Sadiq
Advocacy committee on the Rights of persons with disabilities



Roshan Sirran
Training Human Rights Association for Afghan Women (THRA)



Suraya Parluka
All Afghan Women Union (AAWU)



Rona Sadozai
Central Council National Union of Afghanistan Employees (CCNUAE)



**Abdul Wahed
Zia Mobalegh**
Rights & Democracy



Abdul Sattar Purdeli
Central Council National Union of Afghanistan Employees (CCNUAE)



Humira Saqib
Negahezan News Network



Hamidullah Zazai
Mediothek

PROVINCES

Mohammad Atef Aref
*Civil Society and Human
Rights Organization*



Farzana
*Panjshir Women
Education and Vocational
Association*



Anisgul Akhgar
*Relation & Cooperation
Women Organization
(RCWO)*



Amina Hassanpur
*Naway-e-Solhe Social
Education Organization*



**Mohammad Asmeil
Zaki**
*Civil Society Human &
Rights Organization*



**Bibi Haji
Khadija Wardak**
*Medical Doctor and Civil
Society Activist*



Azizeh Khairandaish
*Civil Society and Human
Rights Organization
(CSHRO)*



Niaz Mohammad
*National Democratic
Institute*



**Mohammad Mussa
Mahmoodi**
*Logar Youth and Student
Association*



Rukiya
*Organization of Human
Welfare*



Mohammad Nasib
*Welfare Association
for the Development of
Afghanistan (WADAN)*



Haji Ali Shair
*Civil Society Devel-
opment Center (CSDC)*



Mohammad Issa
Community elder



Anwer Shah Yosufi
*Jamee University
of Heart*



Saleha Olker
Norwegian Church Aid



Suraya Yousuf Zai
*Swedish Committee
for Afghanistan (SCA)*

Die Redner und Moderatoren (in alphabetischer Reihenfolge)



Ahmad Fahim Hakim

Ahmad Fahim Hakim ist stellvertretender Vorsitzender der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC). Vor seiner Tätigkeit bei der AIHRC war er Direktor und Gründungsmitglied der Kooperation für den Frieden und Einheit. Ahmad Fahim Hakim blickt auf 20 Jahre Erfahrungen im Kampf um die Menschenrechte zurück.



Marion Regina Müller

Marion Regina Mueller ist mit einem MA in Gender and Development seit zehn Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan, Pakistan und Bangladesch tätig. Sie war von 2005 bis 2008 und ist seit August 2011 die Repräsentantin der Heinrich-Böll-Stiftung in Afghanistan.



Siegfried Herzog

Siegfried Herzog arbeitet seit Juli 2010 als Regionalbüroleiter Südasiens für die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Zuvor leitete er unter anderem das Asien-Referat der Stiftung.



Ulrich Niemann

Ulrich Niemann ist seit Juli 2010 Leiter des Bereiches Internationale Politik der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Dort ist er für die Steuerung der internationalen Arbeit der Stiftung verantwortlich. Zuletzt war er für die Stiftung als Regionalbüroleiter für die Region Mittel-, Südost- und Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien tätig.



Dr. Babak Khalatbari

Seit 2005 leitet Dr. Babak Khalatbari das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kabul. Im Jahr 2007 wurde er mit dem Aufbau und der Leitung des Stiftungs-Büros in Pakistan beauftragt und leitet seitdem beide Länderbüros.



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

Dr. Hans-Gert Pöttering leitet als Vorsitzender die Konrad-Adenauer-Stiftung seit 2009. Von 2007-2009 war er Präsident des Europäischen Parlaments, dem er seit 1979 als Abgeordneter angehört. Von 1999 bis 2007 hatte er den Fraktionsvorsitz der Europäischen Volkspartei (EVP) inne.



Dr. Salmi Rassoul

Dr. Salmi Rassoul ist seit Januar 2010 afghanischer Außenminister im Kabinett Hamid Karzai. Zuvor war er acht Jahre als National Security Adviser tätig.



Dr. Peter Struck

Dr. Peter Struck ist seit 2010 Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von 1980 bis 2009 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2002 bis 2005 bekleidete er das Amt des Bundesverteidigungsministers. Darüber hinaus war Dr. Struck von 1998 bis 2002 und von 2005 bis 2009 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.



Botschafter Michael Steiner

Botschafter Michael Steiner ist seit April 2010 Sonderbeauftragter der deutschen Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan. Zuvor war der Diplomat unter anderem als Chef der UN-Sonderverwaltung im Kosovo, als Botschafter bei den Vereinten Nationen sowie als Botschafter in Rom tätig.



Barbara Unmüßig

Barbara Unmüßig ist seit 2002 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie verantwortet u. a. die Arbeit der Stiftung für Afrika, Asien, Lateinamerika und Naher und Mittlerer Osten und den Bereich Geschlechterpolitik. Darüber hinaus gründete sie 2000 das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) mit, ist seit 2001 Mitglied seines Kuratoriums und seit 2009 stellvertretende Kuratoriumsvorsitzende.



Jürgen Stetten

Jürgen Stetten leitet seit August 2010 das Referat Asien und Pazifik der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Er war zuvor in Projekten der FES in Vietnam, Südkorea und Südafrika tätig, außerdem leitete er von 2005 bis 2008 das Büro der FES am Sitz der Vereinten Nationen in New York.



Dr. Guido Westerwelle MdB

Seit dem 28. Oktober 2009 bekleidet Dr. Guido Westerwelle das Amt des Bundesaußenministers. Zwischen 2001 und 2011 war er zudem Bundesvorsitzender der FDP und führte die FDP-Bundestagsfraktion in den Jahren 2006 bis 2009 als Fraktionsvorsitzender an.

Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan
Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches

Zivilgesellschaftliches | Civil Society

Forum Afghanistan

د افغانستان د مدني ټولني چركه خاى مجتمع جامعه مدنى افغانستان

Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan
Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan
Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches
Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan
Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan
Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches
Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan
Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan
Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches
Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan
Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan
Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches
Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan
Zivilgesellschaftliches Forum Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan
Afghanistan | Civil Society Forum Afghanistan | Zivilgesellschaftliches